

Politische Rundschau.

Vom spanisch-amerikanischen Kriege.
Die Kämpfe der feindlichen Flotten wurden bis zum letzten Augenblick immer noch erwartet". Am Sonntag sollte es in der Nähe der Philippinen zum ersten Zusammenstoß kommen.

Der nordamerikanische Admiral Sampson hat den Befehl erhalten, in größter Ausdehnung alle Küstensäume Cubas mit Einschluß Havannas sofort zu bombardieren. Er hat damit gegen Matanzas den Anfang gemacht und durch 88 Schüsse die dort von den Spaniern neu angelegten Befestigungen zerstört.

Bei der Beschießung von Matanzas sollen die Spanier (nach amerikanischen Berichten) "große Verluste" erlitten haben; die Spanier geben an, daß ihnen nur ein Maulesel getötet worden sei.

Drei große Magazine in Gaffton (Pennsylvania), welche Sprengstoffe für die Regierung enthielten, sind am Freitag nachmittag in die Luft gesprengt. Zwei Personen wurden getötet, eine Angestellte verwundet; mehrere werden vermisst. Man nimmt an, daß die Explosion von spanischen Spionen veranlaßt worden ist, da man in den letzten Zeit verdächtige Personen in der Umgebung der Magazine beobachtet hat.

Von den spanischen Behörden ist damit begonnen worden, die Häfen der Inseln Cuba und Portorico sowie der Philippinen durch Torpedolinien zu sperren. Nach Ausführung dieser Maßregel kann daher die Einfahrt in die genannten Häfen nur unter Führung der Hafenträger bewerkstelligt werden, welche sich auf der Außenseite der Verteidigungslinien aufhalten werden, um den Schiffen den Weg zu zeigen. Ferner werden die obersten Behörden der Insel Cuba und Portorico sowie der Philippinen die Befestigung der Seegesetze und die Auslösung der Leuchtfächer anordnen, sobald diese Maßregeln zur Verteidigung der ihnen unterstehenden Gebiete erforderlich werden.

Die Kommission der cubanischen Kolonialregierung, welche sich in das Lager der Aufständischen begeben hatte, um mit diesen zu verhandeln, ist von dort noch nicht zurückgekehrt. Selbst in Regierungskreisen heißt es, daß die Anstrengungen, einen Frieden mit den Aufständischen zu schließen, keinen Erfolg gehabt hätten. Der Oberstkommandierende der amerikanischen Truppen Miles hatte am Mittwoch Befehlshungen mit Beitreten der Aufständischen. Den Vernehmten nach sollen die legierten von den Ver. Staaten Waffen gesetzet bekommen.

Deutschland.

Die Truppenbesitzungen auf dem Tempelhofer Felde durch den Kaiser haben am Donnerstag begonnen. Das 2. Garde-Regiment z. F. und das Königin Augusta Garde-Grenadier-Regiment Nr. 4 wurden als erste Regimenter der Garde-Infanterie vorgestellt.

Laut amtlicher Mitteilung hat ein Teil des deutschen Kreuzergeschwaders in Ostasien Befehl erhalten, sich nach Manila (Philippinen) zu begeben, um die dortigen deutschen Interessen zu schützen.

Neuerdings ist in der Presse wieder davon die Rede gewesen, daß die Befreiung des Reichstages über die Militärstrafrechtsreform hinausgeschoben werden müsse. Dazu liegt indessen kein ausreichender Grund vor. Nachdem die Frage des obersten Gerichtshofs aus dem eigentlichen Entwurf über die Militärstrafrechtsreform ausgeschieden ist, kann der Reichstag natürlich den Entwurf im übrigen erledigen, ohne Rücksicht darauf, ob die Frage des obersten Gerichtshofes schon entschieden ist.

Der Schluß des Reichstags ist jetzt für Freitag, 6. Mai, in Aussicht genommen. Nach Erledigung der kleineren Soden und der Novelle zur Strafprozeßordnung würde in den letzten Tagen die dritte Beratung der Militärstrafrechtsreform stattfinden.

* Die 6. Kommission des Reichstags hat den

Bericht über die Entwürfe eines Gesches bez. Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung, eines Gesetzes betr. Änderungen der Strafprozeßordnung, eines Einführungsgesetzes zum Gesetz betr. Änderungen der Strafprozeßordnung, ausgegeben. Dieselbe beantragt, den vorgelegten Gesetzentwurfen in der aus der Zusammenstellung erschienenen Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen.

Oesterreich-Ungarn.

Die gesamte Presse bepricht die Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Thun und Taxis, der fast einstimmig, daß der Befehl, die Stadt sich in hellen Aufstande befindet, es zum Bruch, weil die Legierung unter dem Einfluß des Generals Ribaraz durchweg Milan feindlich gesinnte Standarten aufstellte. Milan bringt nunmehr auf die Beschuldigung von Ribaraz unter irgend einem Vorwande. Alles dies geschieht hinter dem Rücken des Königs Alexander, der, wie die Rm. Stg. meldet, formlich gefangen gehalten wird.

Egypten.

Aus dem Sudan kommt die Nachricht,

dass der Mahdi in Omdurman geräumt hat und die Stadt sich in hellen Aufstande befindet. Es ging auch das Gerücht, daß der Mahdi ermordet worden sei. Die Wahrschau dieser Meldungen festzustellen, ist einstweilen noch nicht möglich.

Frankreich.

Frankreich beabsichtigt, drei Kreuzer nach den Antillen zu schicken.

Italien.

Wie italienische Blätter melden, hat die Königin Regentin von Spanien den Papst um seinen Segen für sich und ihre Armee gebeten. Der päpstliche Segen wurde ihr auch gespendet, jedoch mußte der Nunzio, der ihn überbrachte, der hohen Frau ausdrücklich erklären, daß der Segen nur ihrer Person, nicht aber auch ihrer Armee geltet. Wie die zum Balkan in Verbindung stehende "Italia" hinzufügt, hat der Kardinal-Schatzmeister Rompolo die Geschäftigkeit annehmen lassen, weder für den Sieg der Spanier, noch für den der Amerikaner, sondern nur für die baldige Beendigung des Krieges zu beten.

In Paris wurden am Donnerstag Versammlungen für eine Herausgebung des Brotpreises veranstaltet, in deren Folge es zu ersten Ausschreitungen kam. An den Versammlungen beteiligten sich 2000 Personen, unter denen sich auch Frauen und Kinder befanden. Die Manifestanten legten die Böhsäuer in Brand, drangen in das städtische Steuerbüro ein und verbrierten die Papiere. Sie vernichteten die öffentlichen Gärten und zerstörten die Laternen, Verluste, in die Wohnung des Bürgermeisters und in die Geschäfte einzudringen, wurden von den Truppen bereitet. Etwa 50 Personen wurden verhaftet. Auch in Toulouse haben Unruhen wegen der Brotpreise stattgefunden.

Italien.

Für den Bau der sibirischen Eisenbahn sind nach den Novellen 377 Millionen angewiesen, 326 Millionen sind bereits ausgezahlt. Ferner wurden 12 Millionen für Arbeiten zur Auffrischung und Aktivierung des Landes verausgabt.

Österreicherstaaten.

Nach einer der "Polit. Stoc." aus Wien angehenden Meldung haben die Admirale der Geschwader in den kroatischen Gewässern beschlossen, demnächst mit der Wiedereinsetzung der in die Städte geschickten Mohammedaner in den Besitz ihrer Güter und Güter in den Dörfern zu beginnen. Vorläufige Verhandlungen, die hierüber mit den Führern der kroatischen Kreter gepflogen wurden, blieben unerfüllt, doch diese Maßnahmen auf keinen Widerstand bei den Christen stoßen dürften. — Das scheint doch eine allzuflüssige Auffassung, würde jedoch, falls sie sich bestätigt, die Möglichkeit einer Lösung der kroatischen Krisis erheblich näher rücken. Denn gerade der Hass zwischen Christen und Mohammedanern und der sich daraus ergebende Vernichtungskampf, der die Besitzer der Christen in den Städten und der Mohammedaner auf dem Lande der Bernstein preisgegeben, blieb bisher im Grunde das Haupthindernis für eine Belebung der Insel. Ist dieses Hindernis beseitigt, dann bietet die Einführung der Selbst-

verwaltung der Insel wohl nur noch verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten.

* Die Lage in Serbien geklärt sich

immer vermögender. Zwischen der Regierung und der liberalen Parteileitung fand es zum Bruch, weil die letztere unter dem Einfluß des Generals Ribaraz durchweg Milan feindlich gesinnte Standarten aufstellte.

Milan bringt nunmehr auf die Beschuldigung von Ribaraz unter irgend einem Vorwande. Alles dies geschieht hinter dem Rücken des Königs Alexander, der, wie die Rm. Stg. meldet, formlich gefangen gehalten wird.

Die Kommission den verbündeten Regierungen als Material zu überreichen.

Abg. Meyer (Benz.) beantragt mit Rücksicht auf die wiederholten Beschlüsse des Reichstages auf Einführung des Befreiungsnachweises die Überweisung zur Verpflichtung.

Abg. Benoit (fr. Bdg.) setzt dagegen, es bei dem Beschuß der Kommission zu belassen.

Abg. Voigt (freikons.) schließt sich dem Antrage Benoit an.

Ein Antrag der Abgeordneten Benoit und Ritter, die Abstimmung auszugehen, wird abgelehnt. Darauf besiegt.

Abg. Benoit die Verpflichtung des Hauses.

Der Namensauftrag ergibt die Auswirkungen von nur 149 Mitgliedern. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig, die Sitzung muß abgebrochen werden.

Schluss 2 Uhr 55 Minuten.

Die nächste Sitzung wird um 3 Uhr 5 Minuten eröffnet.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Kommissionsberichte über Petitionen.

Eine Petition der Erbherrn von Riedersdorf, verbunden mit einer Erhöhung der Kontingenzabgaben von Riedersdorf, wird auf Antrag des Abg. Voigt zur Verpflichtung überreicht.

Über eine Petition betr. Regelung der gewerblichen Beziehungen der Bahnfunkler, geht das Haus zur Tagesordnung über; ebenso über eine Petition betr. die internationale Bekämpfung des Malaria-

hantls.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages.

Wahl der Besteuerung von Saccharin und verwandten Süßstoffen.

Nach § 1 des Antrages gelten als künstliche Süßstoffe alle auf künstlichem Wege gewonnene Stoffe, die als Süßmittel dienen können und eine höhere Süßkraft als rohmaserner Rohr- oder Süßzucker, aber nicht entzündenden Süßzucker besitzen.

Abg. Wurm (soz.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag stimmen.

Abg. Graf Solberg (kons.) tritt für den Antrag ein.

Abg. Röder (wld.) bittet um Annahme des Antrages.

Abg. Röder (wld.) erklärt sich im Interesse der Bierbrauerei für den Antrag, da in der Brauerei gerade die Verwendung des Saccharins großen Umfang angenommen habe. Man habe mit Hilfe des Saccharins ein billiges Getränk her und schädige damit nicht gerade die kleinen Brauereien empfindlich.

Abg. Schwarze (Benz.) bittet ebenfalls um Annahme des Antrages.

Demnächst schließt die Diskussion. — Vor der Abstimmung erklärt.

Abg. Hermes, er halte den Antrag für so wichtig, daß er denselben nicht von einem beschlußfähigen Hause zur Annahme bringen lassen könne.

Er beweist deshalb die Verpflichtung.

Präf. Frey, v. B. u. erwidert, er könne diesem Zweck nicht entgegen treten, halte es aber auch nicht für erforderlich, einen Namenklaus vornehmen zu lassen, sondern schlage vor, die Sitzung abzubrechen.

Da kein Widerspruch erfolgt, schließt der Präsident die Sitzung.

Preußischer Landtag.

Am Donnerstag steht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums

beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der Industrie und Handel einzutreten, darf.

Über eine Petition betr. Regelung der gewerblichen Beziehungen der Bahnfunkler, geht das Haus zur Tagesordnung über; ebenso über eine Petition betr. die internationale Bekämpfung des Malaria-

hantls.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages.

Wahl der Besteuerung von Saccharin und verwandten Süßstoffen.

Nach § 1 des Antrages gelten als künstliche Süßstoffe alle auf künstlichem Wege gewonnene Stoffe, die als Süßmittel dienen können und eine höhere Süßkraft als rohmaserner Rohr- oder Süßzucker, aber nicht entzündenden Süßzucker besitzen.

Abg. Wurm (soz.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag stimmen.

Abg. Graf Solberg (kons.) bittet um Annahme des Antrages.

Abg. Röder (wld.) erklärt sich im Interesse der Bierbrauerei für den Antrag, da in der Brauerei gerade die Verwendung des Saccharins großen Umfang angenommen habe. Man habe mit Hilfe des Saccharins ein billiges Getränk her und schädige damit nicht gerade die kleinen Brauereien empfindlich.

Abg. Schwarze (Benz.) bittet ebenfalls um Annahme des Antrages.

Demnächst schließt die Diskussion. — Vor der Abstimmung erklärt.

Abg. Hermes, er halte den Antrag für so wichtig, daß er denselben nicht von einem beschlußfähigen Hause zur Annahme bringen lassen könne.

Er beweist deshalb die Verpflichtung.

Präf. Frey, v. B. u. erwidert, er könne diesem Zweck nicht entgegen treten, halte es aber auch nicht für erforderlich, einen Namenklaus vornehmen zu lassen, sondern schlage vor, die Sitzung abzubrechen.

Da kein Widerspruch erfolgt, schließt der Präsident die Sitzung.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Donnerstag den neuen Weltpostvertrag in erster und zweiter Beratung, bezgl. die Vorlage, die den Bundesrat zum Abschluß eines Handelsprotokolls mit England bis zum 30. Juli 1899 ermächtigt. Sodann wurde die zweite Beratung des Antrags a. Salisch betr. Strafprozeßordnung fortgesetzt. Ein Antrag Rintelen betr. satzungliche Befreiung des konfessionellen Eldes wurde angenommen.

Am 29. d. steht zunächst auf der Tagesordnung die Novelle zu dem Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht. Diese wurde am 29. d. gestellt.

Abg. Röder (fr. Bdg.) erklärt sich mit der Vorlage im wesentlichen einverstanden; es werde sich gegen dieselbe auch sonst wohl schwerlich Widerstreit erheben.

Damit schließt die Diskussion.

Präsident Dr. v. B. u. teilt mit, er werde die zweite Beratung morgen auf die Tagesordnung legen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die elektrischen Wärmehilfen.

Abg. Krämer (nat.-wld.) beantragt in den Text des Gesetzes die Schreibart für das Wort "Energie" zu erweitern durch "Energie" und an die Stelle des Wortes "Energie" das Wort "Arbeit" zu setzen.

Gesamtatlas Kohlrausch erklärt sich mit diesen Änderungen einverstanden.

Der Antrag Krämer wird angenommen.

Es folgen Kommissionsberichte über Petitionen.

Über eine Petition auf Aufhebung des Impfgesetzes und Befreiung der Impfzettel geht das Haus, dem Antrag der Kommission entsprechend, zur Tagesordnung über.

Eine Petition betr. Einführung des Befreiungsnachweises für das Baugewerbe

und Annahmeberechtigung eintreten können.

Am Donnerstag steht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der Industrie und Handel einzutreten, darf.

Über eine Petition betr. Regelung der gewerblichen Beziehungen der Bahnfunkler, geht das Haus zur Tagesordnung über; ebenso über eine Petition betr. die internationale Bekämpfung des Malaria-

hantls.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages.

Wahl der Besteuerung von Saccharin und verwandten Süßstoffen.

Nach § 1 des Antrages gelten als künstliche Süßstoffe alle auf künstlichem Wege gewonnene Stoffe, die als Süßmittel dienen können und eine höhere Süßkraft als rohmaserner Rohr- oder Süßzucker, aber nicht entzündenden Süßzucker besitzen.

Abg. Wurm (soz.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag stimmen.

Abg. Graf Solberg (kons.) bittet um Annahme des Antrages.

Abg. Röder (wld.) erklärt sich im Interesse der Bierbrauerei für den Antrag, da in der Brauerei gerade die Verwendung des Saccharins großen Umfang angenommen habe. Man habe mit Hilfe des Saccharins ein billiges Getränk her und schädige damit nicht gerade die kleinen Brauereien empfindlich.

Abg. Schwarze (Benz.) bittet ebenfalls um Annahme des Antrages.